

Fragen der politisch-ideologischen Erziehungsarbeit. Deshalb ist es notwendig, daß neben der unverzüglichen Beseitigung der Gesetzesverletzungen Maßnahmen ergriffen werden, die eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Konfliktkommission gewährleisten und die Werktätigen des Betriebes verstärkt zur Lösung der rechtspolitischen Aufgaben mobilisieren.

Anmerkung:

Im Ergebnis der Auswertung des Protests im Leitungskollektiv des Betriebes wurden unverzüglich die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um die Arbeitsverträge und die Entlohnung der Werktätigen des Betriebes in Einklang mit den gesetzlichen Regelungen zu bringen bzw. diese Übereinstimmung zu garantieren.

Die erforderlichen betrieblichen Arbeitsunterlagen wurden nach gründlicher kollektiver Beratung verabschiedet. Sie enthalten klare, einheitliche und übersichtliche Festlegungen, die den im GBA geforderten Prinzipien entsprechen.

Die Dokumente sowie die Lösung der damit zusammenhängenden betrieblichen Aufgaben wurden den Werktätigen aller Bereiche des Betriebes in Arbeitsberatungen erläutert. Diese Aussprachen trugen dazu bei, die Mitwirkung der Werktätigen bei der Durchsetzung des sozialistischen Leistungsprinzips, auf dem Gebiet der Qualifizierung und des richtigen Einsatzes der Kader zu fördern.

Im Prozeß der Auseinandersetzung mit den Fragen, die Gegenstand des Protests waren, festigte sich das Vertrauensverhältnis zwischen staatlicher Leitung und Konfliktkommission. Das drückt sich u. a. darin aus, daß zu Beratungen des Leitungskollektivs über Fragen der Gewährleistung der sozialistischen Gesetzlichkeit und der weiteren Stärkung des Rechtsbewußtseins der Werktätigen der Vorsitzende der Konfliktkommission hinzugezogen wird. Weiterhin findet zwischen dem Betriebsleiter, dem Direktor für Kader und Bildung und dem Vorsitzenden der Konfliktkommission ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch statt mit dem Ziel, die Leitungstätigkeit mittels Arbeitsvertrags ständig zu verbessern und das Arbeitsvermögen der Werktätigen im gesellschaftlichen und in deren eigenem Interesse maximal zu entfalten, um die Lösung der Aufgaben des Betriebes unter Wahrung der Rechte und Pflichten der Werktätigen zu sichern.

Die auf den Protest hin veranlaßten und verwirklichten Maßnahmen lassen den Schluß zu, daß künftig auf allen Ebenen des Betriebes eine bessere Arbeit zur Verwirklichung des sozialistischen Rechts geleistet werden wird.

*Ruth S o r g e, Staatsanwalt
beim Staatsanwalt des Bezirks Cottbus*

Mitteilung

Die Sektion Staats- und Rechtswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena veranstaltet am 15. und 16. Oktober 1975 den 6. Jenaer Juristentag (Absolvententreffen), zu dem alle Absolventen unserer Ausbildungsstätte herzlich eingeladen sind.

Teilnahmemeldungen bitten wir rechtzeitig an das Sekretariat der Sektion Staats- und Rechtswissenschaft in Jena, Universitätshochhaus, 23. OG., zu richten. Das Programm wird später übersandt.

Direktor der Sektion
Prof. Dr. Gerhard Haney

I n h a l t

	Seite
Dr. Harri H a r r l a n d : Für eine hohe Qualität der staatsanwaltschaftlichen Gesetzlichkeitsaufsicht.....	347
Ursula J u n g / Dr. Lothar R e u t e r : Erfahrungen der FDJ bei der Rechtserziehung Jugend- licher	351
Ekkehard K e r m a n n / Dr. Fritz M ü h l b e r g e r / Horst W i l l a m o w s k i : Höhere Wirksamkeit der besonderen Verfahrensarten in Strafsachen.....	355
Dr. Joachim M a n d e l : Erweiterung der materiellen Unterstützung der Bürger bei Schäden infolge medizinischer Eingriffe	358
Aus anderen sozialistischen Ländern	
Prof. Dr. Wladimir N. K u d r j a w z e w : Soziologische Probleme der Untersuchung antigesell- schaftlichen Verhaltens.....	361
Berichte	
Walter B a u r : Weltkongreß der fortschrittlichen Juristen in Algier.	365
Fragen und Antworten	368
Informationen	370
Rechtsprechung	
S t r a f r e c h t	
Oberstes Gericht: Ausnahmsweise Nichtanwendung des schweren Falls der Asozialität bei Rückfall.....	372
BG Potsdam: Zur Tatbestandsmäßigkeit und zur Tatschwere bei einem Betrug zum Nachteil persönlichen Eigentums, der durch Identitätstäuschung bei der Blutentnahme für ein im Vaterschaftsfeststellungsverfahren benötig- tes Blutgruppengutachten begangen wurde	373
Z i v i l r e c h t	
Oberstes Gericht: Zum gutgläubigen Eigenluserwerb an einer Sache, die vom Eigentümer auf Grund einer betrügerischen Handlung aus der Hand gegeben wurde	374
Oberstes Gericht: Zur Ermächtigung der Ersatzvornahme vertretbarer Handlungen im Zwangsvollstreckungsverfahren	375
BG Suhl: Zur Einbringung von Pachtland, das im Eigentum eines Familienangehörigen steht, in eine LPG	376
Gesetzlichkeitsaufsicht des Staatsanwalts	
Protest des Staatsanwalts des Bezirks Cottbus: 1. Zur Pflicht des Betriebsleiters und der leitenden Mitarbeiter des Betriebes, bei der Gewährleistung der sozialistischen Gesetzlichkeit eng mit den Konflikt- kommissionen zusammenzuarbeiten und die Wirksam- keit ihrer Tätigkeit allseitig zu unterstützen. 2. Zur Beseitigung von Ursachen für Lohnstreitig- keiten. Anm. Ruth S o r g e	3 7 7